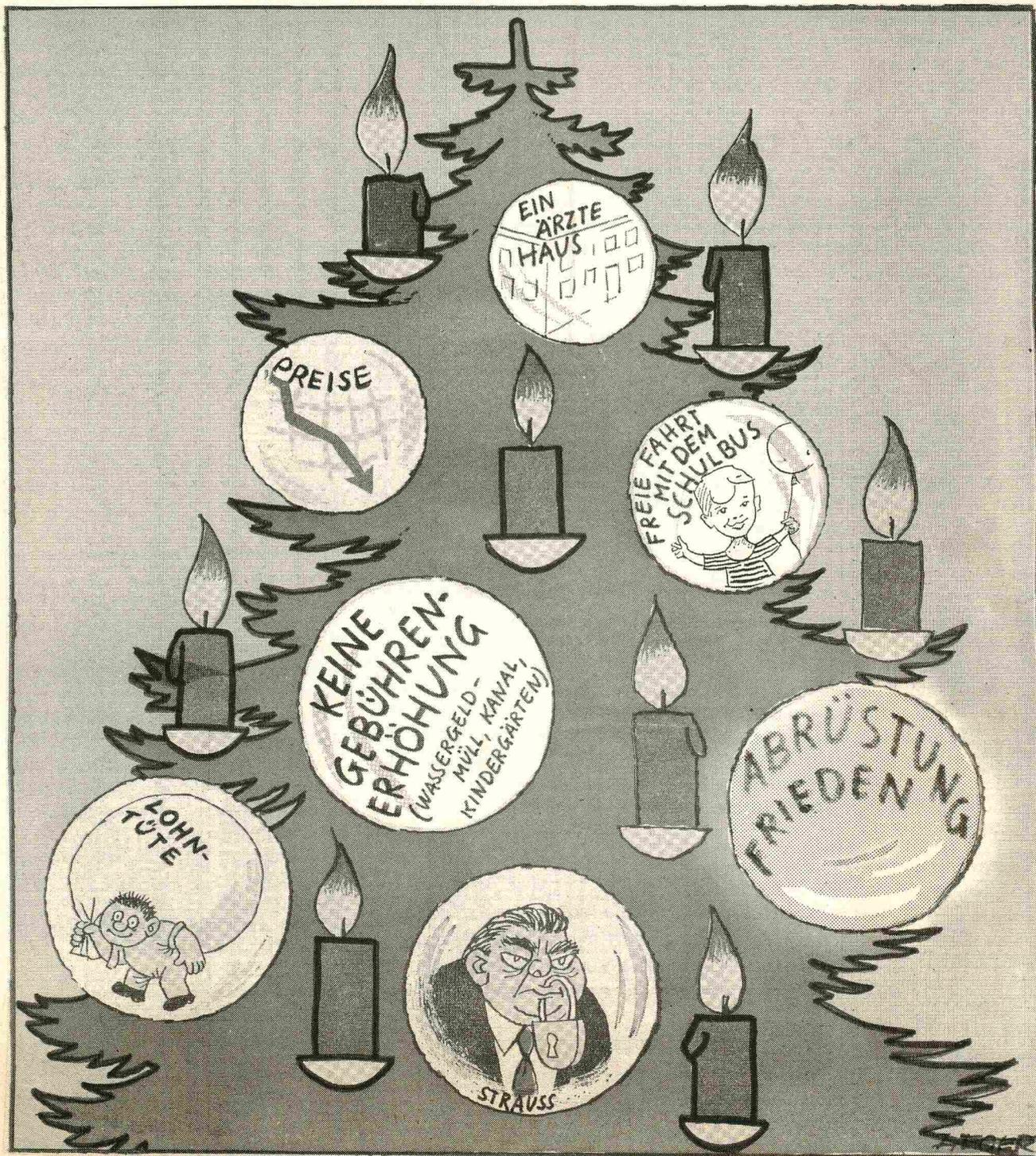


Was sich die Mörfelder wünschen:



Eltern sind empört SDO-Fraktion ergreift Initiative

In unserer vorigen Ausgabe wurde ausführlich über die derzeitige Situation an den Mörfelder Schulen berichtet. Der Lehrermangel und seine Auswirkungen auf Mörfelden wurden gründlich untersucht und Wege zur Überwindung des Dilemmas aufgezeigt.

Nach dem Interesse, das dieser Ausgabe von Lehrern und Eltern beigemessen wurde, hat der „blickpunkt“ vielen aus dem Herzen gesprochen. Erfreut stellen wir fest, daß bei einer Elternbeirats-sitzung der neuen Gesamtschule die „blickpunkt“-Argumentation eine Rolle spielte. Wir erhielten spontane Geld-spenden und Abonnementbestellungen. Dafür bedanken wir uns recht herzlich. Sehen wir doch auch daran, daß unserer Arbeit Interesse entgegengebracht wird. Aber auch unsere Kritik an der unverständlichen und ungleichen Behandlung von Real- und Förderstufen- beziehungsweise Hauptschüler hinsichtlich der Fahrtkostenerstattung wurde allgemein begrüßt.

In der Elternversammlung einer Realschulklasse standen unlängst Lehrermangel und Fahrtkosten auf der Tagesordnung. Die Eltern waren darüber äußerst empört und verlangten einmütig, daß hier schnellstens Abhilfe geschaffen wird.

In einem Brief an den Elternbeiratsvorsitzenden forderten sie die Einberufung einer Gesamtelternbeirats-sitzung, in der entsprechende Maßnahmen beraten werden sollen. Zur Linderung des akuten Lehrermangels, der in Mörfelden und Walldorf herrscht, wurden außergewöhnliche Hilfen der zuständigen Stellen verlangt:

1. Genügend Verwaltungskräfte können die Lehrer von berufsfremden Arbeiten weitgehendst entlasten.
2. Die pädagogischen Assistenten haben sich andernorts gut bewährt und sollten gerade in den neuen Gesamtschulen den Lehrermangel beheben helfen.

Es ist mit der Schulleitung darüber zu beraten, ob für Mörfelden und Walldorf nicht eine solche Stelle gefordert wird.

Zu der Situation, daß Haupt- und Förderstufenschüler kostenlos in die neue Schule befördert werden, aber Realschüler monatlich 10 DM zu zahlen haben, heißt es in dem Brief:

„Die Eltern, deren Kinder fünf Jahre in die Realschule (Bürgermeister-Klinger-Schule Mörfelden) gegangen sind

und keine Beförderungsmittel benötigen, können nicht verstehen, daß sie plötzlich Fahrgeld zu entrichten haben. Sie sind der Meinung, daß die Stellen, die – aus welchen Gründen auch immer – die Schule so weit vom Wohngebiet entfernt erstellt haben, auch für die kostenlose Beförderung sorgen müssen. Es ist schnellstens die genaue Zahl der Mörfelder und Walldorfer Realschüler, die in die neue Schule aus Raummangel mitziehen mußten, festzustellen. Aufgrund dieser Feststellung ist bei den beiden Städten und beim Kreis ein Antrag auf Fahrtkostenerstattung zu stellen.“

SDO-Fraktion aktiv

Die SDO in Mörfelden wurde vorstellig. Als einzige Fraktion im Stadtparlament nahm sie sich dieses Problems an und richtete an den Magistrat folgende Anfrage:

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier Abhilfe zu schaffen?
2. Ist es nicht angebracht von seiten des Magistrats, beim Kreis und Land vorstellig zu werden?
3. Wie hoch belaufen sich die Kosten, wenn die Stadt die Fahrt für die Mörfelder Realschüler bezahlt?

Bürgermeister Bachmann teilte in der Stadtverordnetenversammlung mit, daß die Stadt für schulorganisatorische Fragen seit dem Trägerschaftswechsel nicht mehr zuständig sei und man deshalb die Anfrage an den Landkreis Groß-Gerau weiterleiten wolle.

Wir sind jedoch der Meinung, daß die Stadt nicht ganz von der Zuständigkeit freizusprechen ist. Sie darf es nicht zulassen, daß in ihren Mauern das Gleichheitsprinzip dermaßen verletzt wird.

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

Der nächste Winter kommt bestimmt

Auf Anregung der SDO-Fraktion wurde in dem von der Stadtverordnetenversammlung im März diesen Jahres verabschiedeten Sportentwicklungsplan der Bau von Eis- und Rodelbahnen aufgenommen.

Den ersten Schneefall haben wir bereits hinter uns gebracht. Aber auf dem Rathaus regt sich noch nichts.

Will man warten, bis wieder ein Winter vorbei ist?

Schon im „Blickpunkt“ Nr. 2 (Februar 70) und Nr. 8 (Februar 71) meinten wir, daß mit geringen Mitteln eine solche Anlage zu schaffen sei. Das Anlegen einer Rodelbahn in der Nähe des Müllplatzes, wie er vom Magistrat vorgesehen ist, halten wir aus verkehrstechnischen Gründen für nicht glücklich.

Für kleine Kinder könnte in der Nähe der Wernertanne und für größere an den sogenannten „Buttermilchhügeln“ schnellstens etwas Erde aufgeschüttet werden. Dabei kann das natürliche Gefälle dieser Gegend gut ausgenutzt werden.

Rüge

Alles was in Ausschußsitzungen gesprochen wird, ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, denn die Geschäftsordnung lautet: „Ausschußsitzungen sind nicht öffentlich.“

In holder Eintracht protestierten deshalb CDU-Vertreter Peetz und die SPD-Stadtverordneten Geiß und Löber gegen die Veröffentlichung im „blickpunkt“ über eine Anfrage der SDO, wann den Bewohnern der Langener Straße 84–92 ein befestigter Bürgersteig geschaffen wird.

„blickpunkt“ gab die Meinung des Bürgermeisters kund, daß dies noch eine Weile dauert. Aber als dies im „blickpunkt“ stand, war die Arbeit am Bürgersteig sofort getan.

Wenn dies der nichterlaubten Veröffentlichung zuzuschreiben ist, lassen wir uns dafür gern rügen.

Aber zurück zur Sache. Wir sind für mehr Transparenz in der Politik und meinen, nicht alle Ausschußsitzungen müßten „nichtöffentlich“ sein.

Bürokratie

Wie an anderer Stelle dieser Ausgabe bereits berichtet, will die Bundesfinanzverwaltung für die US-Army nördlich des Walldorfer Badesees zwischen B 44 und Eisenbahnlinie einen Truppenübungsplatz anlegen. Zahlreiche Stimmen haben sich inzwischen gegen dieses Ansinnen, 120 ha Wald für militärische Zwecke zur Verfügung zu stellen, erhoben. Auch die SDO-Fraktion brachte sofort, nachdem sie hiervon Kenntnis erhielt, am 6. November im Mörfelder Stadtparlament einen Antrag ein und forderte den gemeinsamen Protest in der Stadtverordnetenversammlung am 9. November 1971. Leider war die vorgeschriebene Antragsfrist von sieben Tagen nicht einzuhalten, aber § 16 Absatz 5 der Geschäftsordnung erlaubt es dem Präsidium, dringende, auch später eingehende Anträge auf die Tagesordnung zu setzen.

In einem Beischreiben zum Antrag wurden Magistrat und Stadtverordnetenvorsteher gebeten, wegen der Dringlichkeit die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern.

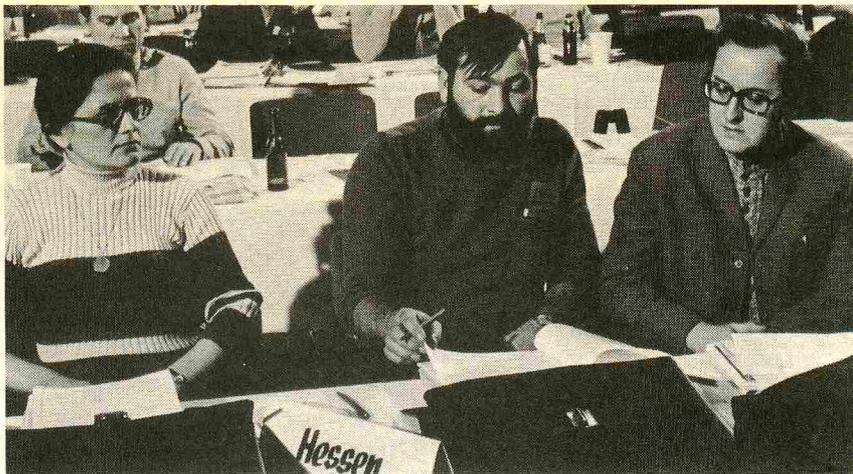
Vorsteher Ohly lehnte dies ab mit der Bemerkung, die SDO könne nicht permanent die Geschäftsordnung durchlöchern. H. Hechler wies diese Anschuldigung schärfstens zurück und fragte nach Beweisen, die der Vorsteher schuldig blieb. Er erinnerte Ohly daran, daß andere Anträge der SDO schon einmal 7 Monate in der Schublade des Vorstehers schlummerten, ehe er sie auf die Tagesordnung setzte.

Hechler meinte, es hätte der Mörfelder Stadtverordnetenversammlung gut angestanden, wenn sie schnell reagiert hätte. Viele Mörfelder Bürger, die täglich die B 44 auf dem Weg von und zur Arbeit benutzen, hätten unter dem höheren Verkehrsaufkommen, das durch die Militärfahrzeuge entstehen würde, zu leiden. Auf die Gefahr für Er-

Sind Sie schon

 **UZ** - Leser?

holungssuchende und Kinder durch herumliegende Munition sowie auf die Lärmbelästigung und die Schädigung des Waldbestandes wurde ebenfalls hingewiesen. Nun steht der Antrag erst am 21. Dezember auf der Tagesordnung. Wie meinte der Treburer Bürgermeister Becker: „Die Front des Protests kann gar nicht groß genug sein.“ Nur darf der Protest der Bürokratie nicht zum Opfer fallen.



Delegierte aus dem Kreis Groß-Gerau auf dem Düsseldorfer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei. Von links: Brigitte Küchler, Mörfelden; Werner Welskop, Rüsselsheim; Rudi Hechler, Mörfelden.

Aus dem Manifest des Düsseldorfer Parteitags der DKP

Wir Delegierten des Düsseldorfer Parteitags der DKP wenden uns mit diesem Manifest an die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land. Von uns 607 Delegierten sind 322 Arbeiter, 167 Angestellte und Beamte, 32 Lehrlinge, Schüler und Studenten, 18 Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler.

Unser Parteitag war also keine Tagung von Industrie- und Bankbossen. Das war ein Parlament arbeitender Menschen. Dem entsprechen auch unsere Beschlüsse.

Die DKP sagt: Wer dem Großkapital nichts nimmt, kann der arbeitenden Bevölkerung nichts geben. Die DKP ist die Partei des konsequenten Kampfes gegen das Großkapital. Sie steht ein für die Ziele der arbeitenden Menschen für heute und für die Zukunft. Aber nichts kommt von allein. Warten auf die „da oben“ bringt nichts ein. Was zählt, ist das eigene, selbständige Handeln. Was wird, hängt von uns selber ab! Was kommt, entscheidet unsere Tat!

Das sind die Kampfziele, um die es heute geht:

- 1. Wir brauchen höhere Löhne, stabile Preise und niedrige Mieten**
- 2. Wir brauchen besser gesicherte Arbeitsplätze**
- 3. Wir brauchen wirksame Mitbestimmung**
- 4. Wir brauchen eine Neuverteilung der Staatsausgaben und demokratische Refor-**

men im Interesse der arbeitenden Menschen

- 5. Wir brauchen mehr Demokratie im Inneren**
- 6. Wir brauchen eine konsequente Friedenspolitik und den gemeinsamen Kampf gegen die Rechtskreise**

Mit diesen Forderungen und Zielen für die Gegenwart erklärt die DKP zugleich: Das Grundübel in unserem Land ist die Macht des Großkapitals. Wer die Unsicherheit und die Ungerechtigkeit unseres heutigen Lebens beseitigen will, darf nicht nur am kapitalistischen Profitsystem herumkurieren und einzelne seiner Auswirkungen eindämmen wollen. Wer die großen Probleme der Zukunft bewältigen will, muß das großkapitalistische System als Ganzes bekämpfen.

Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik. Sozialismus hat die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen arbeitenden Volksschichten sowie die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zur Voraussetzung. Die DKP stellt sich die Aufgabe, die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen.

Eine starke DKP würde die politische Landschaft der Bundesrepublik einschneidend verändern. Die Interessen der arbeitenden Menschen würden überall stärker zur Geltung kommen, die Bankbosse und Konzernherren könnten die arbeitende Bevölkerung weniger leicht übervorteilen.

Macht die DKP stark!

Es waren unsere Nachbarn

Im November gedachte man der Toten, man gedachte der Opfer zweier grausamer Kriege. Es gibt auch bei uns kaum eine Familie, die nicht einen unersetzlichen Verlust zu beklagen hätte. Es gibt kaum ein Dorf, in dem nicht eine Tafel mit langen Namensreihen an die gefallenen und vermißten Soldaten erinnert. Viele stumme Opfer aber werden vergessen – die Juden. Die Juden, die früher in Mörfelden wohnten, sind ausgelöscht. Sie fehlen in den Dorfakten, sie fehlen oft schon im Gedächtnis der Bewohner. „Bei uns ist kein KZ-Opfer bekannt.“ „Aber es gab doch Juden im Ort!“ „Ja, die wurden abgeholt.“ Sie wurden „abgeholt“, sie fehlen einfach: ehemalige Nachbarn, Spielgefährten, Kollegen, Freunde. Wenn wir sie nicht wiederfinden, dann haben wir mehr verloren als die Toten zweier Weltkriege. Wir haben die Menschlichkeit eingebüßt.

Bis zum Jahre 1938 hatte das Hitlerregime durch gesetzliche Maßnahmen und durch Terror die Juden aus dem öffentlichen Leben praktisch ausgeschaltet. Die Grundlagen für dieses Vorgehen bildeten die Nürnberger Rassengesetze vom 15. September 1935.

Die Kristallnacht

Als ein siebzehnjähriger Jude am 7. November 1938 den Nazidiplomaten Ernst von Rath in Paris erschoss, um sich wegen der Behandlung seiner Angehörigen in Deutschland zu rächen, benutzten die Nazi dies als Anlaß für einen furchtbaren Pogrom in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938. In dieser „Kristallnacht“ mißhandelten SS und SA Juden, schleppten sie in Konzentrationslager,

steckten Synagogen in Brand und zerrückerten Tausende jüdische Geschäfte. Auch in Mörfelden wurde die Scheune eines Juden eingäschert, auch hier zerrückerten die Nazis die Fensterscheiben jüdischer Mitbürger. Unter den Arbeitern waren es vor allem die Kommunisten und Sozialdemokraten, die dem antisemitischen Sadismus der Nazis den schärfsten Kampf ansagten und den gejagten jüdischen Mitbürgern jede nur mögliche Hilfe erwiesen. Die illegale KPD verurteilte die Ausschreitungen in einem Aufruf „Gegen die Schande der Judenpogrome“.

Auch in breiten Kreisen der christlichen Bevölkerung beider Konfessionen wurde vielen verfolgten Juden tätige Hilfe erwiesen. Indessen war die Haltung der Kirchenleitungen keinesfalls konsequent. Trotz der Differen-

Aus dem Schreiben Heydrichs, Chef des SD, vom 11. November 1938, über die Schäden und Verhaftungen in der „Kristallnacht“:

„An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und zerstört.

Festgenommen wurden rund 20 000 Juden . . . an Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet.“

zen mit dem Nazistaat in untergeordneten Fragen, blieben sie auch nach der Kristallnacht wichtige Stützen des Hitlerregimes.



Die Zerrissenheit der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD trug dazu bei, daß Hitler an die Macht kam. Als die Hakenkreuzfahnen auch über Mörfelden wehten, was es zu spät zum Handeln. Die Arbeiterorganisationen waren zerschlagen. Kommunisten und Sozialdemokraten saßen in den Konzentrationslagern.

Das große Geschäft

Durch Gesetze und Verordnungen begannen der faschistische Staat und die Finanzmagnaten wie Krupp, Mannesmann, Flick, Haniel, Hoesch, Abs, Pferdenges u.a., sich am jüdischen Eigentum zu bereichern. Auch Mitglieder der Nazi-Partei und erhebliche Teile des Kleinbürgertums beseitigten ihre Konkurrenten und vergrößerten auf diese Weise ihre Geschäfte und Betriebe.

Juden in Mörfelden

In Mörfelden gab es eine Reihe jüdischer Familien. Die Namen sind meist nur noch den älteren Bürgern bekannt. In der Hintergasse wohnte eine Familie Sobernheim, eine Familie Weisshaupt in der Elisabethenstraße. Die Familien Schott und Strauß lebten in

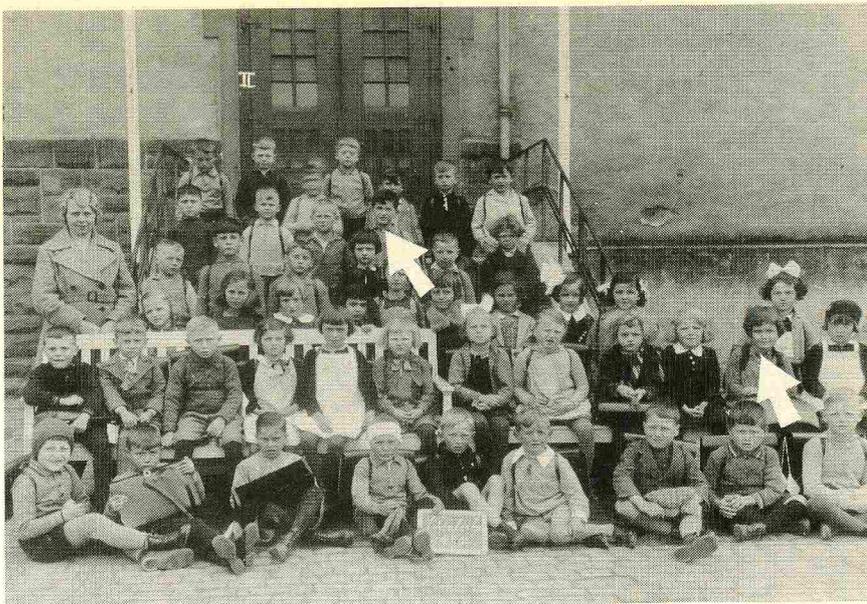
der Mittulgasse, die Familien Kohn und Goldschmitt in der Langgasse. In der Westendstraße wohnte eine weitere Familie Schott. Es gab zwei Familien Raiß, sie wohnten in der Zwerggasse und in der Weingartenstraße. In der Brückenstraße lebte die Familie Rosenthal. Es waren in der Regel keine reichen Leute. Einige lebten schon seit Generationen in Mörfelden. Sie waren „Mörfelder“. Und in Mörfelden wohnten aufgeschlossene Arbeiter und Bauern; Antisemitismus gab es nicht.

Nach 1933 waren unsere jüdischen Mitbürger Schikanen und Repressalien ausgesetzt. Zur Kennzeichnung mußten sie einen gelben Stern tragen, sie erhielten kleinere Rationen auf den Lebensmittelkarten, einige mußten im Straßenbau arbeiten. Zwangsweise mußten die Männer zusätzlich den Namen Israel und die Frauen den Namen Sarah tragen. Nicht alle waren den ständigen Beleidigungen gewachsen: In der Brückenstraße verübte die Jüdin Rosenthal Selbstmord.

Verschiedene Familien konnten noch rechtzeitig den Verfolgungen entgehen, indem sie auswanderten. Als letzte Mörfelder Jüdin konnte Erna Strauß am 6. Januar 1941 nach New York entkommen.



Ein allseitig geschätzter Mörfelder Jude war der Bauarbeiter Adolf Raiß. Er hatte viele Freunde. Bei der „Freien Turn- und Sängervereinigung“ war er Tormann der Fußballmannschaft. Mörfelder Antifaschisten setzten ihm auf dem Friedhof einen Gedenkstein.



Mörfelder Schüler des Jahrgangs 1927/28. Zwei Kinder davon waren jüdischen Glaubens. Oben: Herbert Neu, unten Ilse Mainzer.

1942 kamen die Mörder

Für die Daheimgebliebenen wurde das Leben immer unerträglicher. Am 5. März 1942 erhängte sich Simon Schott, 72 Jahre alt, in seiner Scheune. Und irgendwann im Jahre 1942 wurden unsere jüdischen Mitbürger „abgeholt“. Abgeholt, um vergast und verbrannt zu werden.

Augenzeugen schilderten uns: „... sie saßen auf ihren Koffern vor der Bürgermeisterei. Greise und Kinder dabei. Es gab herzzerreißende Szenen... Die Kinder wurden von den Eltern getrennt.“ Die Bevölkerung sah zu, Empörung mischte sich mit Angst.

Ausgelöscht

Über dieses schreckliche Geschehen gibt es keine Akten, keine Vermerke. Wohl kann man leicht feststellen, wieviel Hafer Gustav Adolfs Pferde im 30jährigen Krieg in Mörfelden verbrauchten, aber niemand kennt die Zahl der ermordeten Mörfelder Juden. Keiner weiß genau, wann man sie abholte, wer die Verschleppten waren. Sie sind ausgelöscht.

Nicht aufschieben

In Mörfelden ist seit 1945 nichts geschehen, um das Schicksal unserer ehemaligen jüdischen Mitbürger aufzuzeichnen. Man darf es nicht länger aufschieben. In der künftigen Stadtchronik müssen sie ihren festen Platz

haben, und in den Mörfelder Schulen muß man von ihnen berichten. Sechs Millionen Juden wurden von den Nazis viehisch ermordet, darunter auch Mörfelder Bürger. Niemand soll sagen, es sei nicht mehr notwendig, davon zu erzählen. Der

Ein Jahr mit Kurt Bachmann auf einer Pritsche

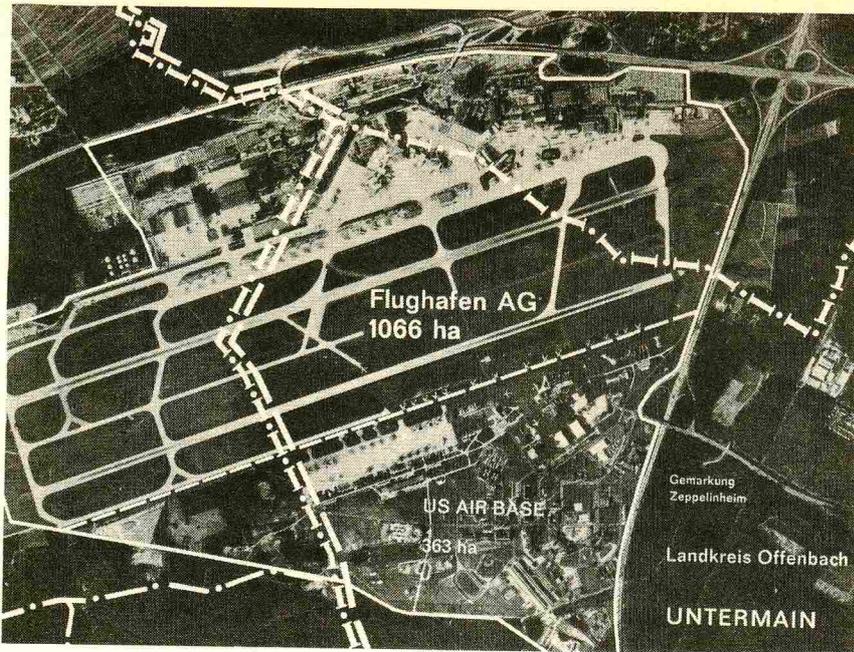
Ludwig Kohn, heute 60 Jahre alt, ist einer der „davongekommenen“ Mörfelder Juden. Mit Kurt Bachmann, dem Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei, war er im Lager Graulhet/Tarn/Frankreich ein Jahr lang zusammen.

nazistische Ungeist ist immer noch stark vertreten in diesem Land. Die ehemaligen SS-Mörder treffen sich unbehelligt. Die NPD und die „Aktion Widerstand“ werden zunehmend militanter.

Strauß konferiert mit griechischen Faschisten. Springer, Barzel, Dregger und Strauß sind zu allem bereit, wenn es gegen links, gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten, gegen die Demokraten geht. Das sollten wir nicht vergessen.

Man muß wachsam sein!

(Wir danken den Mörfelder Bürgern, die es uns durch ihre Auskünfte ermöglichten, diesen Artikel zu schreiben.)



Es ist unverantwortlich, in unserem Ballungsgebiet erneut den Amerikanern Wald anzubieten. Nach Errichtung eines Militär-Übungsgeländes in diesem Gebiet wäre es lebensgefährlich, den neuangelegten Walldorfer Badesee zu benutzen — die Anlage eines Naherholungsgebiets an den Sehring-Kiesgruben wäre unmöglich. Aber es gingen nicht nur 120 Hektar Wald der Bevölkerung als Erholungsgebiet verloren. Es liegt auf der Hand, daß der Wald in Kürze zerstört würde. Wir verweisen dazu auf den Zustand des NATO-Übungsgeländes auf der Knoblauchsaue.

Wir Kommunisten erwarten von der Bundesregierung, daß sie sich den Forderungen der US-Armee nach Gelände grundsätzlich widersetzt. Wir erwarten Schritte zur Auflösung aller vorhandenen US-Depots, in denen atomare, bakteriologische und chemische Massenvernichtungsmittel lagern.

Wir Kommunisten meinen, daß alle diese Maßnahmen nicht mehr in unsere Zeit passen. Sie widersprechen dem Geist der Verträge von Moskau und Warschau."

Gefahr!

Für unseren Wald, für unsere Gesundheit müssen wir noch auf die Barrikaden gehen. Um jeden Baum muß gekämpft werden. Das müssen jetzt alle Bürger erkennen.

Fast täglich hören wir neue Hiobsbotschaften: 25 Hektar Wald sollen jetzt wieder fallen, damit die Amerikaner Hallen und Büros bauen können, ein neues Abfertigungsgebäude soll gebaut werden. Rhein-Main soll zum Hauptumschlagsplatz der Amerikaner werden. Schon jetzt haben die Amerikaner mehr als ein Drittel des Flughafen-geländes belegt. 363 Hektar haben sie in Beschlag genommen, während der Zivilverkehr auf 1 066 Hektar abgewickelt wird. Wir sehen, es ist höchste Zeit, daß die Amis von Rhein-Main verschwinden. Dann gibt es Luft auf dem Flughafen, dann wird der Flugverkehr sicherer, dann wird weiterer Waldeinschlag unnötig.

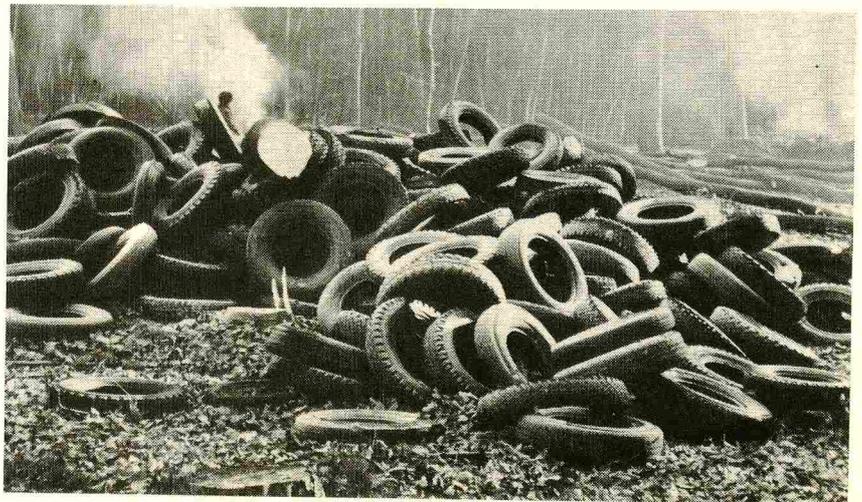
Weitere bedrohliche Pläne liegen noch auf dem Tisch. Die Amerikaner wollen 120 Hektar Wald bei Walldorf für einen Truppenübungsplatz verwenden.

Die DKP erklärt dazu:

„Wenn diese Pläne bei uns Wirklichkeit werden, dann haben wir ständig Ärger und Gefahren vor unserer Haustür. Zum Krach des Flughafens käme das Krachen der Munition. Es käme zu Verkehrsbelästigungen durch die US-Fahrzeuge, und es käme zu einer ständigen Gefährdung unserer Kinder durch herumliegende Munition. Diese Erfahrungen mußte die Hanauer Bevölkerung schon mehr als einmal machen; mehrmals ereigneten sich dort grauenvolle Unfälle.

Wir sind gerade genug bedroht. Nach wie vor gibt es in unmittelbarer Nähe von Mörfelden und Walldorf ein US-Depot, in dem wahrscheinlich ABC-Waffen lagern.

(Ein Protest der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden gegen dieses US-Lager wurde von den Amerikanern überhaupt nicht beachtet.)



Leider fällt immer mehr kostbarer Wald dem Moloch Verkehr zum Opfer. Um das Geäst zu verbrennen, wendet man eigenartige Methoden an. Haufenweise werden Autoreifen mitverbrannt. Im Oberwald an der Autobahn konnten wir die schwarzen stinkenden Rauchsäulen beobachten.

Was sagt die Forstverwaltung zu dieser Luftverschmutzung?

Übrigens: Verbrennen Sie mal einen Autoreifen.

Nach dem neuen Abfallbeseitigungsgesetz kann man dafür hart bestraft werden.

Die Proteste gegen die Schießplatz-Pläne kommen mittlerweile von den verschiedensten Seiten. Das ist gut so.

Nicht einverstanden kann man allerdings sein mit dem Vorschlag der Walldorfer Jungsozialisten, die das Truppenübungs-gelände gerne in „abgelegenen Gebieten Deutschlands“ sehen möchten. Man denkt unwillkürlich an den Heiligen St. Florian.

**Dagegen lautet unsere Devise:
Amis raus aus unserem Wald,
geht nach Texas!**

Die DKP ehrte ihre Jubilare. Für über 40 Jahre Aktivität in der Arbeiterbewegung wurden ausgezeichnet: Philipp Arndt, Heinrich Creter, Karl Dammel, Adam Denger, Michael Denk, Karl Hardt, Jakob Hechler, Wilhelm Scheuermann und Philipp Siegel. Bürgermeister Kurt Bachmann sprach die Glückwünsche des Magistrats aus.



60 Jahre aktiv in der Arbeiterbewegung

Bei der Jubilarenehrung der DKP im Naturfreundehaus Mörfelden war der älteste Geehrte Wilhelm Scheuermann aus Mörfelden. Am 31. 12. 1889 wurde er als Sohn eines sozialdemokratischen Maurers in Büttelborn geboren. In seinem Geburtsjahr fand der Gründungskongreß der II. Internationale statt, auf dem der 1. Mai als internationaler Kampftag proklamiert wurde.

Wilhelm Scheuermann wurde Maurer wie sein Vater. 1909 wurde er zum Hessisch-Großherzoglichen Artillerieregiment eingezogen. Zwei Jahre später wurde er Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Seine Partei stellt 1912 die stärkste Fraktion im Reichstag. Aber diese SPD stimmt im August 1914 den Kriegskrediten zu. Damit brach für den jungen Sozialdemokraten Wilhelm Scheuermann eine Welt zusammen. Von 1914 bis 1918 lernte er als Soldat die Schrecken des Krieges kennen. Über die damalige USPD kam er zur KPD, die 1919 gegründet wurde. Beim Machtantritt der Nazis wurde er verhaftet, aber nach einem halben Jahr wieder freigelassen. Die KPD begann mit dem illegalen Kampf gegen Hitler. Wilhelm Scheuermann transportierte Flugblätter, versteckt in der Lenkstange seines Fahrrads nach Rüsselsheim. Mit vielen seiner Genossen wurde er im Februar 1935 erneut verhaftet. Bis Ende des Jahres 1939 ging er durch die Zuchthäuser des Naziregimes.

Im Jahre 1945 war er wieder einer der Männer, die ihre ganze Kraft der Partei zur Verfügung stellten und die den Karren aus dem Dreck zogen.

Als die Adenauer-Regierung seine Partei, die KPD, 1956 verbot, um ungestört die Wiederaufrüstung betreiben zu können, hörte Wilhelm Scheuermann nicht auf, Kommunist zu sein und weiter für die Arbeitersache zu wirken.

Bei der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei, der DKP, wurde er eines der ersten Mitglieder in Mörfelden. Er freut sich besonders, daß er als alter Sozialist den Aufbau des Sozialismus in einem Teil Deutschlands erleben konnte. Sein Wunsch zur Jubilarenehrung: Die Rechten müssen zurückgedrängt und das KPD-Verbot aufgehoben werden.

Helft ihnen!

Die Hilfsaktion Vietnam, die durch private Initiative westdeutscher Persönlichkeiten vor nunmehr sechs Jahren ins Leben gerufen wurde, bemüht sich seit ihrem Bestehen, humanitäre Hilfe für die Menschen in Vietnam zu leisten. Sie setzt sich für die Beendigung des Krieges ein und fordert zusammen mit Millionen Menschen in allen Ländern – von der Regierung der USA den bedingungslosen Abzug aller US-Truppen aus Indochina. Von der Bundesregierung fordern wir, jegliche moralische, politische und materielle Unterstützung der amerikanischen Indochinapolitik und des Saigoner Regimes einzustellen.

Die Hilfsaktion ist auf die individuelle Unterstützung der Bürger und Organisationen der Bundesrepublik angewiesen. Mehr als 3 Millionen DM hat sie seit 1965 an Spenden aufgebracht und in Form von medizinischer Hilfe den Vietnamesen zur Verfügung gestellt. Das ist sicherlich schon viel und trotzdem ist es nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Wir müssen unsere Hilfe vervielfachen. Darum richten wir unseren Appell an Sie.

Helfen Sie mit! Helfen Sie durch Ihre Spende das Leid der Menschen in Vietnam zu mildern.

Wir bitten um Spenden auf das Konto der Hilfsaktion Vietnam e.V.

Postscheckkonto Essen 90040 oder Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf, Kto. 10162503.

Marxistische Bildungsarbeit

Die DKP Mörfelden führt im Winterhalbjahr 71/72 wieder ihre marxistische Bildungsarbeit durch.

Im Dezember fand bereits das erste Seminar statt.

Folgende Themen sind noch vorgesehen:

- „Die DKP als marxistische Kampfpartei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik“
- „Warum gibt es im Kapitalismus Wirtschaftskrisen?“
- „Ohne Klassenkampf gibt es keinen gesellschaftlichen Fortschritt“
- „Warum gehört dem Sozialismus die Zukunft?“

An den Seminaren kann jeder teilnehmen. Interessenten melden sich bei: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3

JUGEND

Für ein Jugendzentrum in Mörfelden

Kürzlich sollte im Gesellschaftssaal des Bürgerhauses eine Tanzveranstaltung des Stadtjugendringes stattfinden. Zwei Tage zuvor jedoch wurde dem Vorsitzenden des Stadtjugendringes mitgeteilt, daß der Abend nicht im großen Saal durchgeführt werden könne, weil dadurch eine Tanzveranstaltung des Offenbacher Tennisclubs im kleinen Saal gestört würde. So mußten die Jugendlichen mit dem viel zu kleinen Jugendraum vorliebnehmen und tanzten unter miserablen Bedingungen, zusammengedrängt wie die berühmten Sardinen in der Büchse. Ein Einzelfall? Kaum. Immer wieder ist zu beobachten, daß Jugendliche den Interessen Älterer Platz machen müssen. So war es auch im Fall „Krach in der Kirchgasse“, als ein vielversprechender Versuch der evangelischen Kirche, Jugendlichen einen Platz zu bieten, am Protest der Anlieger scheiterte. Immerhin hatte man damals in einer Aussprache der Jugend mit den lärmgeschädigten Anliegern erreicht, daß ein Bauausschuß gebildet wurde, der sich mit den Möglichkeiten der Einrichtung eines Jugendzentrums beschäftigen sollte. Aber der Ausschuß gab bald leise und unbeachtet seinen Geist auf. So bleibt alles beim alten: Für die Jugend gibt es kaum

eine Möglichkeit, einen Platz zu finden, an dem sie ihrer Freizeitbeschäftigung nachgehen kann. Der Jugendraum im Bürgerhaus ist für viele Arten von Veranstaltungen zu klein, das hat nicht zuletzt dieser Tanzabend gezeigt. Außerdem ist er nur zeitlich begrenzt nutzbar und zuviel auf die Benutzung durch Vereine zugeschnitten. Unorganisierte Jugendliche kommen bei dieser Lösung entschieden zu kurz. Der Jugendraum ist demzufolge als Provisorium oder Übergangslösung zu betrachten.

Erkannt haben das bisher nur Vertreter der Gastronomie, die in Discotheken, Tanzbars und ähnlichen Einrichtungen der Jugend eine „progressive“ Atmosphäre bieten, bestehend aus schummriger Beleuchtung, lauter Musik und Tanzmöglichkeiten. Dafür wird natürlich den Jugendlichen das meistens sowieso recht karge Taschengeld aus der Tasche gezogen. Dazu kommt, daß sich solche Stätten oft zu Umschlagplätzen des Drogenhandels entwickeln und für die Jüngeren eine zusätzliche Gefahr darstellen, man erinnere sich nur an den spektakulären Fall „Zoom“ in Frankfurt, und daß man an der Jugend vorbeiplant.

In verschiedenen Kreisen der Jugend wird immer wieder der Wunsch nach einem Jugendzentrum geäußert. Wir meinen, daß es an der Zeit ist, auf die Interessen der Jugend Rücksicht zu nehmen und diesen Wunsch tatkräftig zu unterstützen.

Wir fordern, daß man sich seitens der zuständigen Stellen Gedanken darüber macht, wie man unter Mitarbeit aller Jugendlichen diesen Wunsch realisieren könnte.

SDAJ Mörfelden

Allen Einwohnern
wünschen wir
schöne Festtage und
für das Jahr 1972
Gesundheit und Frieden



Deutsche
Kommunistische
Partei
Mörfelden

Der „blickpunkt“ stellt sich
zur Diskussion.

Öffentliche Redaktions-
sitzung am 19. Januar 1972, 20
Uhr, Bürgerhaus Mörfelden.

Liebe Leser,
der „blickpunkt“ hat Geburtstag. Er ist jetzt zwei Jahre alt geworden, zwölfmal ist er zu Ihnen gekommen. Es war nicht immer einfach, ihn herauszubringen. Und ohne Hilfe von vielen Mörfelder Bürgern wäre es nicht möglich gewesen.

Aber es hat sich auch gezeigt, daß eine solche Zeitung notwendig ist. Schon deswegen, weil die Meinung der Kommunisten bei uns kaum in den Publikationsorganen zu finden ist. Wir meinen aber, es ist gut, wenn man Gelegenheit hat, die große und die kleine Politik von verschiedenen Seiten zu betrachten.

Wir haben in 12 Ausgaben den kommunalen Problemen stets Vorrang gegeben. Wir meinen, das ist richtig, und so soll es auch in Zukunft bleiben. Der „blickpunkt“ wird auch weiter Mißstände aufdecken, Vorschläge machen, zur Diskussion anregen. Dazu brauchen wir wie seither die Mitarbeit Mörfelder Bürger.

Allerdings hatte der „blickpunkt“ bisher einen Nachteil: Er erschien nur jeden 2. Monat. Das soll nun anders werden, wir wollen ihn nun monatlich und in größerem Format herausbringen. Mit dieser Ausgabe wurde der Anfang bereits gemacht.

Möglich geworden ist dies aber nur durch die vielen Spenden von Mörfelder Bürgern. Wir sagen ihnen an dieser Stelle herzlichen Dank.

Die „blickpunkt“-Redaktion

SCHLECHT...

... war die erste Ausgabe. Glauben wir jedenfalls. Vieles hätte besser sein können. Die Auswahl der Artikel war schlecht, und die Gestaltung war nicht gut, und die Druckqualität hätte besser sein können und und und ...

Wir sprechen von der „Stimme der Jugend“, der Zeitung der Jugendlichen Mörfeldens, die wir von jetzt ab monatlich herausgeben werden. Wir, das ist die Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend (SDAJ).

Wer will uns und unsere Zeitung kennenlernen? Wer will mithelfen die nächsten Ausgaben besser zu machen?

Mit der Jugend, für die Jugend — unser Grundsatz hat nur dann einen Sinn, wenn wir alle gemeinsam unseren Interessen Gehör verschaffen. Um die Stellung der Jugend zu verbessern, dazu ist auch Deine Mitarbeit notwendig. Besuch uns mal!

Ausschneiden und einsenden an
Helmut Uttrich, 6082 Mörfelden, Langener Straße 150

- Ich möchte
- die „Stimme der Jugend“ kostenlos zugestellt bekommen
 - zu einer SDAJ-Veranstaltung eingeladen werden
 - bei der „Stimme der Jugend“ mitarbeiten